

Johannes Fessl, Landesklinikum-Betriebsrat , Christian...

Johannes Fessl, Landesklinikum-Betriebsrat , Christian Oberlechner, ÖSI Waldenstein - Reaktionen zur Info-Veranstaltung „Zukunft der medizinischen Versorgung im Bezirk Gmünd“ sowie auf den Artikel „Verständnis aus Reingers fürs Krankenhaus-Aus“:

„Diskussion endlich persönlich stellen“ Die Infoveranstaltung zum Thema Gesundheitsversorgung am 8. Juli im Kulturhaus Gmünd war gut besucht und zeigte deutlich, wie groß das Interesse und die Sorge in der Bevölkerung sind. Mein besonderer Dank gilt allen Referenten, die sich den vielen kritischen und teils emotionalen Fragen des Publikums gestellt haben, dies verdient Anerkennung. Umso enttäuschender war es allerdings, dass keine verantwortlichen Vertreter der Landespolitik vor Ort waren. Die LGA (Landesgesundheitsagentur) agiert bekanntermaßen nur als Ausführende des regionalen Strukturplans Gesundheit. Eine Diskussion mit den verantwortlichen politischen Entscheidungsträgern war somit leider nicht möglich, und das bei einem Thema, das so tief in die Lebensrealität der Menschen eingreift. Besonders irritierend war die Präsentation einer Folie, die eine Bevölkerungsprognose für 2050 zeigte. Für den Bezirk Gmünd wird darin ein Rückgang vorhergesagt, ein Umstand, der offenbar als Begründung für strukturelle Kürzungen dient. Doch dazu stelle ich eine ganz einfache Frage an die Politik: Was wird eigentlich unternommen, um dieser Entwicklung entgegenzuwirken? Darüber hinaus zeigte dieselbe Präsentation auch deutliche Abwanderungstendenzen in anderen Bezirken Niederösterreichs. Warum also gerade Gmünd für eine mögliche Schließung oder Reduktion ausgewählt wird, bleibt fraglich. Wenn man mit Zahlen argumentiert, dann bitte konsequent und gerecht. Diese Veranstaltung hat gezeigt, dass die Menschen informiert sind und sich nicht alles gefallen lassen. Es liegt an der Politik, sich dieser Diskussion endlich auch persönlich zu stellen.

„Müssen Recht auf Spital einklagen“

Vonseiten der LGA kam nichts Neues. Keine Überraschung. In Ermangelung der politischen Vertreter:innen macht mir die Antwort des zumindest anwesenden Juristen der NÖ LR doch Mut – auch wenn er das sicher nicht beabsichtigt hat. Im Übernahmevertrag vom 30.11.2004 findet sich im § 1 „Sicherstellung der öffentlichen Krankenanstaltspflege“ folgende Vereinbarung: „Dieser Sicherstellungsverpflichtung wird das LAND NÖ dadurch entsprechen, dass am Standort Gmünd ein allgemeines öffentliches Krankenhaus bestehen bleibt.“ (unterschrieben unter anderen von Erwin Pröll). Auf meine Frage, auf Grundlage welchen Rechtsgutachtens in den Gesundheitspakt eine dem Vertrag widersprechende Schließung des KH miteingeplant wurde, konnte vom Juristen kein Gutachten genannt werden.

Vielmehr wurde auf mehrere nicht näher definierte Zusatzvereinbarungen verwiesen, die angeblich diese Standortgarantie aushebeln. Weiter meint er aber – und da bitte aufgepasst – das könne man rechtlich natürlich ausjudizieren, ob das auch wirklich so zu interpretieren ist. Wie bitte? Das Land lässt also eine sehr wahrscheinlich extrem teure Planung machen, ohne die rechtlichen Grundlagen vorher endgültig geklärt zu haben? Wieviel Steuergelder werden schon vor der eigentlichen Reform von der Landesregierung vergeudet, wenn sich in einem Rechtsstreit herausstellt, dass das KH nicht geschlossen werden DARF? Wenn es nur den Hauch einer Chance gibt, dann muss unser von Erwin Pröll zugesichertes Recht auf unser LK Gmünd in aller Konsequenz bis zur letzten Instanz eingeklagt werde. Denn eines wurde bei der Infoveranstaltung vom 8.7.2025 klargestellt: sie werden schließen wenn wir sie nicht daran hindern.

Ich danke der Bürgerinitiative #lkgmündbleibt und allen, die sich für unser Spital einsetzen, werde persönlich weiter mit aller Kraft für eine parteiübergreifende Zusammenarbeit zum Wohle der Region und für den Erhalt des LK Gmünd kämpfen.

Zur „persönlichen Meinung“ des von mir geschätzten Bürgermeisters aus Reingers möchte ich zwei auch persönliche Anmerkungen machen: Status Quo? Niemand im ganzen Bezirk setzt sich für Erhaltung des Status Quo ein. Vielmehr sehen wir natürlich alle die Notwendigkeit einer Reform, auch einer Reform des LK Gmünd und die Einbindung in den Gesundheitspakt. Was wir aber klar ablehnen ist die Schließung des Krankenhauses mit der Begründung, man brauche das Personal für alle anderen Kliniken, um die Personallöcher dort zu stopfen, statt sich dem gesetzlichen Auftrag entsprechend um

ausreichend Personal für das Gesundheitswesen zu kümmern. Die zweite Anmerkung: Das geplante Ärztehaus mit Primärversorgungseinheit ist KEINE Ersatzlösung und auch kein vollwertiger Ersatz, es ist überhaupt ein völlig eigenständiges Projekt. Vielmehr ist es bei Schließung des LK Gmünd eine massive Verschlechterung unserer Gesundheitsversorgung in der Region. Ich habe viel Emotionen gespürt und ein großes Unverständnis, wenn regionale Politiker:innen „der eigenen Bevölkerung in den Rücken fallen“ (kam von einem Bürger).